Transformation in Guatemala: Wie mit der Arbeit der „Wahrheitskommission" umgegangen wird

Norman Weiß

Nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg unterzeichneten Regierung und Guerilla in Guatemala zunächst im Jahr 1991 ein Friedensabkommen. Zu der damit eingeleiteten Lösung des inneren Konflikts, der das Land 36 Jahre lang zerrissen und an einer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung gehindert hatte, gehörte auch die Einsetzung einer „Wahrheitskommission" durch das Abkommen von Oslo 1996, die die Vergangenheit aufarbeiten sollte.

Diese „Kommission für die historische Aufklärung" der Verletzung der Menschenrechte und der Gewalttaten wurde von dem deutschen Völkerrechtslehrer Prof. Dr. *Christian Tomuschat* aus Berlin geleitet (vgl. den Bericht über die Veranstaltung am 14. November 1998 mit Prof. *Tomuschat* in Potsdam, in: MRM 1999, S. 30f.). Die Kommission arbeitete insgesamt achtzehn Monate. Während ihrer Tätigkeit stellte die unzureichende finanzielle Ausstattung ein großes Problem dar. Neben den Geldmangel trat aber auch die schwierige Zusammenarbeit mit den guatemaltekischen Behörden und der Regierung.

So hatte die Regierung im Januar 1998 Vorwürfe Tomuschats über mangelnde Kooperation als „Überschreitung seiner Befugnisse" zurückgewiesen und ihn daran erinnert, daß er „sich auf seine Funktionen beschränken" müsse. Bei einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt sei es „logisch, daß kaum Aufzeichnungen über Übergriffe auf beiden Seiten vorhanden" seien, entgegnete der Regierungssprecher auf Tomuschats Erklärung, die Regierung habe Informationen über Massaker und Verschwundene nicht angemessen weitergereicht.

Der Abschlußbericht der Kommission wurde am 26. Februar 1999 in Guatemala-Stadt übergeben. Auf rund 3.400 Seiten enthält der Bericht ein zentrales Stück Landesgeschichte: Er dokumentiert anhand von Aussagen der Opfer die Verfolgung der Maya-Bevölkerung, die Verantwortlichkeit der Armee und die Verwicklung des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes (CIA).

Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, *Bill Clinton*, bezeichnete bei einem Besuch am 11. März die „Unterstützung von Militärs und Geheimdiensten, die in Gewalt und weit verbreitete Repression verwickelt waren", als „Fehler [, der] sich nicht wiederholen darf". Er sicherte den Opfern und ihren Angehörigen Hilfe zu.

Demgegenüber haben sich der heutige und einige der früheren Staatschefs zurückhaltend geäußert. Der General *Rios Montt* wies jede persönliche Verantwortung zurück und unterstrich, daß er stets bemüht gewesen sei, staatliche Übergriffe im Kampf gegen die Guerilla zu begrenzen. Der amtierende Präsiden *Arzú* ließ bereits in einer vorläufigen Stellungnahme wissen, daß seine Regierung nicht daran denke, die Rolle der Armee nun genau zu untersuchen. Am 16. März rückte die Regierung dann eine ganzseitige Anzeige in zwei guatemaltekische Tageszeitungen. Darin ging sie nur auf einen Teil der Vorschläge und Feststellungen der Kommission ein; konkrete Verpflichtungen sind nur in Ansätzen erkennbar.

Um die Arbeit der Kommission nicht auf die - äußerst wichtige - Dokumentation des Geschehenen zu beschränken, bleiben weitere Maßnahmen unerläßlich. Hierzu gehören unter anderem die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die der Rolle des Militärs detailliert nachgeht, und eine Öffnung der Massengräber, um den Opfern eine würdige letzte Ruhe zu ermöglichen.